

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

26.6.1930 (No. 146)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

**Expedition:**  
 Karl-Friedrich-  
 Straße Nr. 14  
 Fernsprecher  
 Nr. 958  
 und 954  
 Postfachkonto  
 Karlsruhe  
 Nr. 3515

Verantwortlich  
 für den  
 redaktionellen  
 Teil  
 und den  
 Staatsanzeiger:  
 Chefredakteur  
 G. A. Meub,  
 Karlsruhe

**Bezugspreis:** Monatlich 2,25 RM, einjähr. 25 RM, halbjährlich 12,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigensätze: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe sind Gelder frei. Bei Wiederholungen inoffizieller Natur, der als Rosenblatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostopverfahren fällt der Robat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Ähnliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Augsburger Konfessionsfeier

Zum Gedächtnis an die vor 400 Jahren auf dem Reichstag zu Augsburg erfolgte Übergabe der augsbургischen Konfession versammelten sich am Mittwoch in der Barfüßerkirche zu Augsburg die Führer der deutschen evangelischen Kirchen gemeinsam mit den Abgeordneten des ausländischen Protestantismus zu einer feierlichen Erneuerung des Bekenntnisses von Augsburg.

Präsident D. Kapler entbot der Festversammlung den Gruß des Deutschen evangelischen Kirchenbundes. Geheimrat Professor D. Dr. Reindorff (Leipzig) würdigte in einer Festrede die augsbургische Konfession als die Basis der deutschen Reformation.

Nach der Festrede bekräftigten die Vertreter protestantischer Kirchen des Auslandes in feierlicher Form das augsbургische Bekenntnis. Die schwedische Kirche war durch Domprobst Prof. D. Dr. Yngve Brilioth-Lund vertreten, die englischen Freikirchen durch Ab. Alexander Ramsay (London), der etwa 19 Millionen Christen umfassende amerikanische Kirchenbund durch Ab. Henry Veiper (New York), der französische Protestantismus durch Pastor Brunnarius (Paris), die evangelische Kirche augsbургischen Bekenntnisses in Ungarn durch Baron Albert von Nadvanyi (Budapest).

Im Auftrage der Gesamtkommission überreichte dann Pastor D. S. Lohmann (Berlin) dem Präsidenten des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes die zu dem Jubiläum vorbereitete Neuauflage der reformatorischen Bekenntnisschrift. Vizepräsident und Domprediger D. Burghart (Berlin) verlas zum Schluß die Artikel der augsbургischen Konfession. Die zahlreich versammelte Gemeinde bekräftigte dieses Bekenntnis durch den Gesang des Liedes „Ein feste Burg ist unser Gott“. Der feierliche Akt wurde umrahmt von musikalischen Darbietungen.

Die Stadt Augsburg veranstaltete im Goldenen Saal des Rathauses einen Empfang für die in- und ausländischen Mitglieder der Kirchenbundesorgane sowie der geladenen Gäste. Der erste Bürgermeister, Dr. Wohl, ließ die Erschienenen als die Träger der großen kirchlichen Veranstaltungen des Jahres 1930 auf das herzlichste willkommen. Es komme ihm als katholischen Bürgermeister nicht zu, den Glaubensinhalt der Konfession vom Standpunkt der katholischen Konfession aus zu betrachten. Für den Bürgermeister der Stadt Augsburg, auf deren Boden dieses Glaubensbekenntnis verkündet worden sei, und Buzgel geschlagen habe, für den Deutschen, der sein Vaterland über alles liebe, könne es nur einen Standpunkt geben: „Wir haben es als Fügung göttlicher Vorsehung zu betrachten, daß sie uns im Glauben getrennt hat, und wir haben dafür zu sorgen, daß wir über diese Glaubensstrennung hinaus nicht selbst uns noch trennen in christlichem Verständnis und der christlichen Liebe füreinander und der Liebe für unser gemeinsames deutsches Vaterland. Er sei als Bürgermeister stolz darauf, daß die Augsbургische Bürgerchaft in ihrer Gesamtheit volles Verständnis für diese evangelische Feier bewiesen habe. Das Beispiel ungeteilter Freunde berechtige ihn zu dem Wunsch, daß hiervon ein Strahl der Versöhnung, des Verständnisses und der christlichen Liebe unter den Konfessionen über Deutschland leuchten möge.“

Im Namen des evangelischen Kirchenbundes und seiner Gäste erwiderte Geheimrat von Beckmann mit Worten herzlichsten Dankes, besonders auch an die katholische Bevölkerung der Stadt und ihren Bürgermeister, der in so wohlwollender Weise es verstanden habe, der großen Feier gerecht zu werden. Er schloß mit dem Wunsch: Möge es gelingen, die Wirkkraft, die gegenwärtig im deutschen Vaterlande herrscht, durch Kräfte des Himmels und Kräfte der Liebe zu befestigen.

Den Abschluß des Haupttages der 400-Jahr-Feier der Augsbургischen Konfession bildete der große Gemeindeabend, der annähernd 10 000 Protestanten Augsburgs mit ihren auswärtigen Gästen in den herrlich geschmückten Sälen der Sängerkirche und des Ludwigsaales vereinigte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Festvorträge über „das lebendige Bekenntnis“ von Prof. Althaus, dem Dekan der Theologischen Fakultät Erlangen und dem Reichsjugendwart Dr. Erich Stange (Kassel).

Prof. Althaus führte u. a. aus, daß es die Aufgabe der Theologie sei, nicht nur das christliche Bekenntnis zu wahren, sondern auch die kommende Bekenntnisbildung der Kirche vorzubereiten. Die Gegenwart warte auf ein neues Bekenntnis der Kirche, nicht weil das alte nichts taugte oder überholt wäre, sondern weil die Christenheit heute von neuem unerhörte Fragen, z. B. im Urteil über Wirtschaft und Politik, bedrängt werde, zu denen die ganze Kirche wieder in Kraft und Einheit reden müsse. Noch sei die Stunde nicht da. Die Zerfahrenheit in Kirche und Theologie sei noch zu groß. Aber es gelte, bereit zu sein für die Stunde.

Nach Gemeindebesang brachte der Gesangschor der evangelischen Gemeinde gemeinsam mit dem Städtischen Orchester die Badische Kantate „Du Hirte Israels“ zu Gehör. Die Feier endete mit einer großen Reihe von Ansprachen, in deren Verlauf die Vertreter der ausländischen evangelischen Kirchen Grüße und Kreuzgebühren ihrer Gemeinden zum Ausdruck brachten.

**Staatseinsparungen in Preußen?** Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium ersucht wird, dem Landtage spätestens im Herbst 1930 Vorschläge für eine durchgreifende Senkung aller Haushaltsausgaben vorzulegen, um im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Reichsregierung durch Senkung der Ausgaben auf sachlichem und personellem Gebiet zu einer Verbilligung des Konjunks und zur Erleichterung der gesamten Wirtschaftslage zu gelangen.

### Letzte Nachrichten

#### Der Reichskanzler erstattet Hindenburg Bericht

BRN. Berlin, 26. Juni. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning ist heute früh nach Neudorf in Westpreußen abgereist, um dort dem Reichspräsidenten über den Abschluß der Verhandlungen des Reichskabinetts, die, wie gemeldet, zu einer völligen Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen führten, Vortrag zu erstatten.

#### Die Beipredung Briand-v. Goebbels Die Saarverhandlungen

BRN. Paris, 26. Juni. (Tel.) In der Unterredung, die Votschafter v. Höpff gestern mit Außenminister Briand hatte, ist, wie der „Petit Parisien“ berichtet, über die Klärung des Rheinlandes, über die Saarverhandlungen, die die Reichsregierung so sehr wie möglich zu beschleunigen wünsche, und über die durch Briands Memorandum über die Umgestaltung Europas aufgeworfenen Fragen gesprochen worden.

Zwischen Vertretern des Saargebietes, des Saargebietes und des Führers der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, Staatssekretär von Simson, hat eine eingehende Aussprache über den augenblicklichen Stand der Saarverhandlungen stattgefunden.

#### Auflösung des Besatzungsgerichts in Mainz

BRN. Mainz, 26. Juni. (Tel.) Morgen vormittag wird das französische Militärgericht und das französische Militärgefängnis, das unter dem Namen „Vater Hofmann“ bekannt ist, den deutschen Behörden übergeben werden. Damit ist das französische Gericht in Mainz aufgelöst. Die Angestellten des Gerichts begeben sich nach Frankreich zurück. Die noch schwebenden Verfahren gegen französische Soldaten werden in Frankreich zu Ende geführt. Verschiedene Verfahren gegen deutsche Angeklagte wurden eingestellt. Bereits am Dienstagabend wurde das Offiziers- und das Interoffizierskino geschlossen. Das französische Besatzungspersonal hat am Mittwoch die Stadt verlassen. Die französischen Offiziere und Unteroffiziere müssen sich auf eigene Rechnung in den Gasthäusern verpflegen.

#### Die Beteiligung der Länder am Aktienkapital der WZ.

BRN. Basel, 26. Juni. (Schweizerische Depeschagenatur.) (Tel.) Die Zentralbanken von Österreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Griechenland, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Finnland, Dänzig und Dänemark haben sich bereit erklärt, die ihnen angebotene Beteiligung am Aktienkapital der WZ in Höhe von je 4000 Aktien anzunehmen. Sie haben zugleich der Bank ein Viertel des eingezahlten Aktienkapitals zur Verfügung zu stellen. Das neu gezeichnete Aktienkapital beträgt 100 Millionen Schweizer Franken, wovon der Bank nun 25 Millionen Schweizer Franken sofort zur Verfügung stehen.

Nach der endgültigen Stabilisierung der Währung in Südspanien und Portugal werden laut Beschluß des Verwaltungsrates auch diese beiden Länder sich am Kapital der Bank beteiligen können. Mit den baltischen Staaten ist die WZ bereits in Fühlung. Die WZ fügt ihre Operationen nunmehr auf die Banken von 20 Ländern. Von den europäischen Ländern fehlen, abgesehen von Irland, das in gewissem Maße zu England gerechnet werden darf, noch Spanien, Sowjetrußland und die Türkei. Es ist anzunehmen, daß sowohl die Türkei wie auch Sowjetrußland demnächst eine offizielle Fühlungnahme mit der Bank suchen werden. Was Spanien anbelangt, so hat sich bisher angehörs der nicht gerade günstigen Entwicklung der spanischen Währung die spanische Nationalbank nicht daran denken können, der WZ, näherzutreten.

#### Jahresbankett der Pariser Auslandsjournalisten

##### Präsident Douffion gegen den Pessimismus in Beurteilung der außenpolitischen Lage

BRN. Paris, 26. Juni. (Tel.) Der Verein der ausländischen Presse in Paris veranstaltete gestern Abend sein Jahresbankett, an dem als Gäste u. a. der deutsche Votschafter v. Höpff, der ehemalige spanische Finanzminister Santiago Alba und der französische Votschafter in Moskau, Herbet, der selbst früher Journalist war, teilnahmen. Der Präsident der Kammer, Douffion, sprach über die Aufgaben des Auslandsjournalisten und wandte sich gegen den Pessimismus, der sich neuerdings bei der Beurteilung der politischen Lage wieder breit mache, und dem die Arbeit des Völkerverbundes und die hoffnungsvollen Aussichten entgegenstünden, die das Memorandum Briands über den europäischen Staatenbund gewähre.

#### Auflösung des englischen Parlaments im Herbst?

BRN. London, 26. Juni. (Tel.) Wie der parlamentarische Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, sprach Macdonald auf der gestrigen Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei von der Möglichkeit einer Auflösung des Parlaments im Herbst dieses Jahres. Der Premierminister erklärte, infolge der Obstruktion der Konservern Partei sei die Regierung genötigt, verschiedene Gesetzesentwürfe zurückzustellen; diese würden dann im Falle von Neuwahlen in das Programm der Partei aufgenommen werden.

### \* Einigung im Kabinett

Nach einer offiziellen Mitteilung haben die Beratungen des Kabinetts, die gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattfanden, abends zu einer völligen Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen geführt. Der Reichskanzler ist demgemäß heute zum Reichspräsidenten nach Neudorf gefahren, um ihm Vortrag zu halten. Nach seiner Rückkehr soll dann am Freitag die Bekanntgabe des neuen Finanzprogramms erfolgen.

Da über die Beschlüsse Stillschweigen gewahrt worden ist, läßt sich heute etwas Zuverlässiges oder Abschließendes über die Einzelheiten des neuen Finanzprogramms kaum sagen. Aber man kann wohl ohne weiteres annehmen, daß das Programm den Wünschen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bis zu einem gewissen Grade entgegenkommt, weil man sich sonst die Zustimmung der diesen Parteien angehörenden Minister (Curtius und Bredt) nicht gut erklären könnte. Jedenfalls wird in verschiedenen Blättern bereits darauf hingewiesen, daß eine Koalitionskrisis unvermeidlich wäre, wenn das neue Programm die Wünsche der beiden genannten Parteien ignoriere; entweder werde Herr Curtius sich von seiner Partei lösen müssen und dann sozusagen als „Beauftragter des gesamten Volkes“ im Kabinett bleiben, oder aber er werde dem Gebot seiner Fraktion folgend aus dem Kabinett ausscheiden. Für Herrn Bredt würde sich wohl eine ähnliche Situation ergeben.

Die Möglichkeit einer Überbrückung der Gegensätze bestand und besteht aber unter allen Umständen. Denn sowohl die Deutsche Volkspartei, wie die Wirtschaftspartei haben klar erkennen lassen, daß sie schließlich auch über ein gerechtes und vernünftiges Notopfer mit sich reden lassen würden, wenn die anderen Forderungen erfüllt werden. Diese anderen Forderungen sind: Senkung der Ausgaben weit über die bisher befanntgewordenen Streichungspläne hinaus, reichsgeflechte Verringerung der Reallohnern, Verringerung der Betriebe der öffentlichen Hand, Senkung der Preise, Gehälter und Löhne. Die Wirtschaftspartei verlangt vor allem, eine Kürzung der Beamtengehälter, und zwar in der verschleiern Form eines Notopfers für die Beamten. Daß den Ländern und Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, Gehaltshöhe und Gehaltseinstufung der Beamten den Verhältnissen der Reichsbeamten anzupassen, gilt wohl allgemein als eine Forderung, an deren Annahme nicht mehr zu zweifeln ist. Falls diese Wünsche berücksichtigt werden, würde also die Wirtschaftspartei und wohl auch die Deutsche Volkspartei bereit sein, eine geringe Erhöhung der Einkommensteuer in den höheren Einkommensstufen zuzustimmen.

Wahrscheinlich rechnet das Kabinett damit, daß das von ihr neuerdings aufgestellte Finanzprogramm im großen und ganzen den eben erwähnten Wünschen entspricht, und daß demnach keine Veranlassung für die genannten Parteien vorliegen wird, ihre Minister zu desavouieren. Etwas bedenklich ist höchstens die Tatsache, daß die Wirtschaftspartei sich ganz entschieden gegen die von dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in Aussicht genommene Verzehrssteuer ausgesprochen hat.

Aber die Form des neuen Notopfers sind Mitteilungen in die Presse gelangt, die vielleicht das Richtige treffen. Das Notopfer soll danach auf die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und Gemeinden beschränkt werden — unter Freilassung der Gehälter bis zu 2000 RM — und 3 Proz. betragen. Es wird nicht gesagt, ob diese 3 Proz. vom Einkommen oder von der Einkommensteuer erhoben werden. Wahrscheinlich vom Einkommen. Was das Notopfer der Einkommen über 8400 RM betrifft, so handelt es sich hier anscheinend um einen Zuschlag zur Einkommensteuer, und zwar um einen Zuschlag von 6 Proz. An der Ledigensteuer von 10 Proz. will man festhalten. Ferner wird von einer Kraftverzehrssteuer gesprochen.

Die ganze Situation hat sich zweifellos geklärt. Und man sollte nun alles tun, um dem Kabinett Brüning seine schwere und aufopferungswolle Arbeit zu erleichtern. Es wäre töricht, wenn jetzt irgendeine Partei um etwelcher Nebenpunkte willen eine Krisis heraufbeschwören wollte. Sofern das Kabinett jetzt wirklich mit einer energischen Ausgabenlenkung, mit einer Senkung der Gehälter, Löhne und Preise und mit der Reform der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung Ernst

macht und daneben ein gerechtes Notopfer in maßvollen Grenzen fordert, dann wird die öffentliche Meinung es tadeln, wenn eine Partei in eigenförmiger Weise auf noch anderen Forderungen beharrt und durch diesen Eigenförmigkeit das ganze Werk gefährdet.

In halboffiziöser Form ist bereits davon geschrieben worden, daß das Kabinett, und zwar in erster Linie der für das Finanzprogramm verantwortliche Reichsfinanzminister, also Dr. Dietrich, im Falle einer Niederlage der Regierung im Reichstag auf Artikel 48 zurückgreifen würde. Es wäre besser, wenn man mit diesen Möglichkeiten vorher nicht gar zu eifrig herumspielen würde. Die demokratische Fraktion hat ja ohnehin Herrn Dr. Dietrich abgeraten, das Amt eines Finanzministers zu übernehmen, und wird sich mit dem fait accompli wohl nur widerwillig abfinden. Wenn Dietrich aber seine Pläne unter Anwendung von Artikel 48 durchführen wollte, dann würde er mit seiner Partei in einen schweren Konflikt abfallen. Führende Blätter dieser Partei versichern ihm heute schon, daß „er dann in den Kreisen aller wirklichen Demokraten für die Zukunft unmöglich wäre“.

Nun, man braucht auch solche Äußerungen nicht gar zu kräftig zu nehmen. Wir wollen abwarten, was wirklich geschieht, wenn das oder jenes Tatsache geworden ist. Die Hauptsache ist und bleibt die Aufstellung eines vernünftigen und aussichtsreichen Programms. Wir glauben, daß diesmal die Hoffnung berechtigt ist, daß das Kabinett ein solches Programm gefunden hat. Und die Parteien sollten dann klug genug sein, um das Kabinett verständnisvoll zu unterstützen.

### Professor Cuno Franke †

W.A. Cambridge (Massachusetts), 26. Juni. (Tel.) Dr. Cuno Franke, Professor emeritus der Harvard-Universität, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Professor Franke, der in Kiel geboren ist, wirkte seit 1884 an der Harvard-Universität. Er war Mitarbeiter der Monumenta Germaniae Historica und Gründer des Germanischen Museums an der Harvard-Universität. Während des Krieges hat er in Amerika sehr eifrig für das Deutschtum gewirkt.

### Die Unruhen in Bolivien 34 Personen tot

W.A. Buenos Aires, 26. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung aus La Paz gibt der bolivianische Ministerpräsident bekannt, daß in der Stadt Oruro, der Hauptstadt der gleichnamigen Departements, ein Regiment den vergeblichen Versuch unternommen hat, zu meutern und sich der revolutionären Bewegung anzuschließen. Das Regiment sei jedoch in seiner Kaserne eingeschlossen worden. Nach der Mitteilung des Ministerpräsidenten hat der Vorfall nur lokale Bedeutung.

„La Nacion“ berichtet, daß bei den bereits gemeldeten blutigen Zusammenstößen in La Paz, deren Anlaß eine gemeinsame Kundgebung von Studenten und Arbeitern bildete, 34 Personen getötet worden seien. Die Erregung der Bevölkerung sei so groß, daß weitere Zusammenstöße nicht ausgeschlossen seien. Die Demonstranten hätten die Leichen der Erschlagenen in den Straßen zur Schau gestellt.

### Die Genfer Verhandlungen über die Abschaffung der Zwangsarbeit

Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz befaßte sich mit dem Entwurf eines internationalen Übereinkommens über die Abschaffung der Zwangsarbeit. Die Konvention enthält den Grundsatz der Beseitigung der Zwangsarbeit, sieht aber eine Übergangszeit vor. In der Aussprache, in der sich allein der Vertreter Portugals gegen den Konventionstext wandte, kam es zu einem Zwischenfall, als der griechische Regierungsvertreter den zumstimmenden Standpunkt der griechischen Regierung in deutscher Sprache darlegte. Der Vorsitzende Raheim unterbrach den Redner und erinnerte an eine Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach außer den offiziellen Verhandlungssprachen französisch und englisch nur die Muttersprache zulässig sei. Gegen den Widerspruch eines großen Teiles der Versammlung mußte der Redner seine Ausführungen in griechischer Sprache fortsetzen, die nur wenige Versammlungsteilnehmer verstanden.

### Der Nationalrat zur Annahme auswärtiger Orden und Pensionen

Der Schweizer Nationalrat hat sich gegen eine Volksinitiative ausgesprochen, die allen Schweizern die Annahme von Auszeichnungen und Pensionen auswärtiger Staaten verbietet und die Übertretung des Verbotes mit dem Verlust der politischen Rechte bestrafen will. Dagegen stimmt er einem Gegenentwurf des Bundesrates zu, wonach das Verbot, das bis jetzt nur für Behörden und Beamte des Bundes galt, auch auf die obersten Behörden der Kantone ausgedehnt werden soll.

Reichstag bis Ende Juli. Der Ältestenrat des Reichstages hielt am Mittwochmittag eine Sitzung ab, in der der Arbeitsplan des Reichstages für die nächste Zeit festgesetzt wurde. Mit dem Beginn der Sommerpause ist nicht vor Ende Juli zu rechnen.

Im Preussischen Landtag wurde das Haushaltsgesetz mit 230 der Regierungsparteien gegen 8 Stimmen angenommen. Die übrigen Parteien hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Ebenso wurde die durch Rotverordnung geregelte Verdoppelung der staatlichen Grundvermögensteuer mit 221 gegen 54 Stimmen angenommen.

Die Klage Thüringens an den Staatsgerichtshof. Die vom thüringischen Staatsministerium verfaßte Klage wegen der Spernung der Polizeischüsse durch das Reichsinnenministerium ist am Mittwochabend an den Staatsgerichtshof abgelehnt worden. Es handelt sich um ein umfangreiches Schriftstück mit einer ganzen Anzahl von Anlagen, die zur Erläuterung des außergewöhnlichen Charakters dieses Schrittes dienen sollen.

Wegen Beleidigung des thüringischen Innenministers Dr. Frid wurde der politische Redakteur Seger zu einer Geldstrafe von 150 M verurteilt.

Demonstrationen gegen Todesurteile. Vor den polnischen Konsulaten in Budapest und Weihen fanden kommunistische Demonstrationen wegen der Todesurteile gegen drei Kommunisten in Polen statt.

## Aus dem Reichstag

### Die Einsparungen im Auswärtigen Amt — Außenpolitische Ausführungen von Dr. Curtius

Am Mittwoch wurde die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsfinanzministeriums zu Ende geführt. Der Haushalt wurde unter Ablehnung der sozialdemokratischen Streichungsanträge nach den Vorschlägen des Ausschusses bewilligt. Das Weingeseß und Milchgesetz wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso wie der sozialdemokratische Antrag, der den Vermählungsantrag für Inlandsreisen aufheben will. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde abgelehnt.

Der Reichstag trat dann in die zweite Beratung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes ein. Damit verbunden wurde die Beratung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und der Verträge mit Österreich. Der Ausschuß hat an den Ausgaben des Staats wesentliche Abstriche vorgenommen und aus finanziellen Gründen die vorgeschlagene Umwandlung der Gesandtschaften in den südamerikanischen ABC-Staaten in Postämtern abgelehnt. Von den deutsch-nationalen und den kommunistischen Mißtrauensanträgen gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius vor.

Reichsaußenminister Dr. Curtius leitete die Verhandlungen ein durch eine Rede, in der er zunächst den Sparankernwillen seines Ressorts betonte und die Ablehnung der Vorschläge in Südamerika bedauerte. An die Spitze seiner außenpolitischen Ausführungen stellte er den Ausdruck der Genugtuung über die Räumung des Rheinlandes. Er dankte der rheinischen Bevölkerung und gedachte dabei auch des verstorbenen Außenministers Dr. Stresemann, mit dessen Namen die deutsche Geschichte der letzten Jahre untrennbar verbunden sei. Er sprach dann den Wunsch aus, daß die Saarverhandlungen recht bald ein befriedigendes Ergebnis haben möchten. Schließlich ludte der Minister die gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag geäußerten Bedenken zu zerstreuen.

Als erster Redner aus dem Hause verlangte der Sozialdemokrat Dr. Breitfeld ein Friedenspolitik mit dem Ziele der Verständigung und Annäherung zwischen den europäischen Staaten. Der deutsch-nationale Abgeordnete Freytag-Brandenburg wiederholte seine Kritik an der zu beschwerdlichen Wirtschaft des Auswärtigen Amtes in Vergleich zu anderen Großmächten. — Der Zentrumsgewählte Ullrich stimmte unter gewissen Voraussetzungen dem deutsch-polnischen Handelsvertrage zu. — Der christlich-nationale Abgeordnete D. Mumm begründete eine Interpellation, die sich gegen die Verfolgung der christlichen Religion in Sowjetrußland richtete. Am Donnerstag soll die Beratung fortgesetzt werden.

### Der Landwirtschaftsrat zur Getreidewirtschaft

Am Mittwoch wurde die 60. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates eröffnet. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. h. c. Brandes, hielt die Eröffnungssprache und beschäftigte sich mit den Ostproblemen und mit den Fragen der Getreidewirtschaft. Für die Getreiderente ist nach den Bitterungsverhältnissen der letzten Zeit viel zu befürchten. Eine weit größere Gefahr aber stellt die ständige Verschlechterung auf dem Markte der Milch und der Milchprodukte dar.

Nach Dr. Brandes ergriff Reichsfinanz- und Landwirtschaftsminister Dr. Schiele das Wort. Er ging von der Feststellung aus, daß die Wirtung der Regierungsmassnahmen, die in Deutschland bevorstehen, vervielfältigt werden kann, wenn sie durch die Mitarbeit der Landwirtschaft ergänzt werden. So ist z. B. das Getreideproblem auf die Dauer nur zu lösen, wenn sich die Landwirtschaft produktionssteigernd auf die vorhandenen Absatzmöglichkeiten einstellt. Daran mußte der Minister den Appell, die Landwirtschaft möge einen das ganze Reich umfassenden Plan für die Umstellung von Roggenbau auf verfrähten Weizenbau entwerfen. Was die Hilfe für die Milchwirtschaft betreffe, so hofft der Redner, schon in den nächsten Wochen das Reichsmilchgesetz herausbringen zu können, das die gesetzlichen Grundlagen für die endgültige Regelung der schwierigen Lage schaffen soll.

### Schluß der Weltkraftkonferenz

Am Mittwoch hat die in Berlin tagende Weltkraftkonferenz ihre Beratungen abgeschlossen. Der stellvertretende Geschäftsführer der Konferenz, Diplomingenieur F. zur Nedden, erklärte in seinem Schlußbericht: Den Weg zur Verbilligung der Energie erblickt die Weltkraftkonferenz in der Herabsetzung der Kosten der Energieerzeugung und Verteilungsanlagen und in der Erhöhung der Benutzungsdauer dieser Anlagen. Die Konferenz hat gezeugt, daß die Verjorgung der Welt mit Wassinekraft, Licht und Wärme letzten Endes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen muß. Endlich hat die Konferenz große Zukunftsaussichten auf wissenschaftlichem, technischem, wirtschaftlichem und soziologischen Gebiet eröffnet. Ganz besonders haben dies die allgemeinen Hauptvorträge getan; sie haben gezeigt, daß wir in ein Zeitalter eingetreten sind, das uns durch die weitgehende Spezialisierung hindurch eine neue einheitliche Geisteskultur bringen wird.

Im weiteren Verlauf der Schlußsitzung wurde die Abstimmung eines Telegramms an den Präsidenten der USA, Hoover, einstimmig beschlossen, in dem nach Worten des Dankes für die durch Vorkonferenz Siedel in der „amerikanischen Stunde“ der Konferenz verliehene Gastfreundschaft geäußert wird, die Weltkraftkonferenz richte am Schluß ihres zweiten Vollkongresses ihre Blicke mit freudiger Erwartung auf den dritten Vollkongreß, der 1936 in den Vereinigten Staaten stattfinden werde.

### Die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrzölle ge scheitert

Das auf der Internationalen Völkerverbundskonferenz 1927 angenommene Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrzölle muß als gescheitert angesehen werden, da die polnische Regierung dem Generalsekretariat des Völkerverbundes mitgeteilt hat, daß sie das Abkommen nicht ratifizieren könne. Die Tschechoslowakei hatte die Ratifizierung von der Zustimmung Polens abhängig gemacht. Das Abkommen ist von 18 Staaten, darunter sämtlichen europäischen Großmächten, ratifiziert worden, jedoch hatten zwölf Staaten das Inkrafttreten des Abkommens von der Ratifizierung durch Polen und die Tschechoslowakei abhängig gemacht. Das Abkommen bleibt zunächst nur unter den kleineren Staaten bis Anfang 1931 bestehen, da diese Staaten ohne jeden Vorbehalt ratifiziert hatten.

Konradin-Kreuzer-Feier. Die Jubiläumsfeier, die die Stadt Weßlich am 20. Juli d. J. zu Ehren ihres großen Sohnes, des Dichters Konradin Kreuzer, zu dessen 150. Geburtstag veranstaltet, findet weihlich feudliche Zustimmung. 30 kleinere und größere Gesangsvereine wirken mit und werden durch Einzelvorträge der Feier am Sonntagmittag das Gepräge geben. Die für 11 Uhr angelegte Morgenfeier am Denkmal gilt einer würdigen Guldigung an Kreuzer.

## Die Städte als Förderer des Luftverkehrs

Wie so viele fortschrittliche Verkehrseinrichtungen, kann auch die Luftschiffahrt sich im Anfang ihrer Entwicklung nicht auf eigenen Erträgen erhalten. Es wird in der ganzen Welt wohl wenige Luftschiffahrtlinien geben, auf denen die Einnahmen zur Bedeckung der Selbstkosten ausreichen. Das war früher beim Bau der ersten Eisenbahnen nicht viel anders. Damals hat in erster Linie der Staat Gelder zum Bau von Eisenbahnlinien hergeben müssen. Aber auch sehr häufig haben die Gemeinden dafür, daß sie an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurden, Zuschüsse oder Subventionen, sei es auch nur für die Anlage der Bahnhöfe geleistet. Selbst die meisten Seeschiffahrtlinien können heute nur mit Hilfe von Subventionen aufrechterhalten werden. Besonders im Ausland ist es vielfach üblich, die Seeschiffahrt zu subventionieren. Beim Luftverkehr liegt die Schwierigkeit darin, daß selbst ein größeres Flugzeug nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Passagieren zu befördern vermag, und der Güllerverkehr kann erst recht zu den Kosten des Luftverkehrs keine sehr erheblichen Beiträge leisten. Wenn die Flugpreise heute in Deutschland etwa den Eisenbahnfahrpreisen der 1. Klasse entsprechen, so wird dadurch nur ein kleiner Teil der Kosten, die jede Luftverkehrslinie verursacht, aufgebracht. Die übrigen Kosten muß der Staat durch Subvention tragen. Dagegen pflegt der Bau und die Unterhaltung der Flughäfen von den Städten finanziert zu werden, die an der Errichtung solcher Flugplätze ein besonderes Interesse haben. Darüber hinaus müssen aber auch einzelne Städte für ihren Anstich an das Luftverkehrsnetz beträchtliche Zuschüsse leisten. Jede größere Stadt hat natürlich ein Interesse daran, möglichst Sitz eines Flughafens und damit ein Knotenpunkt des Luftverkehrs zu werden.

Es ist freilich begreiflich, daß durch den hieraus sich ergebenden Wettbewerb der Städte sich auch Mißbräuche im Luftverkehrsubventionswesen herausgebildet haben. Manche Städte leisteten sehr hohe Zuschüsse, um im Luftverkehr bevorzugt zu werden. Die Folge davon war, daß hier und da Luftverkehrslinien nicht rein nach verkehrstechnischen Rücksichten, sondern entsprechend der Höhe der Subventionen, die einzelne Städte zu leisten gewillt waren, eingerichtet wurden. Man ist deswegen neuerdings dazu übergegangen, Vorzüge zu treffen, daß künftig nur aus Verkehrsgründen die geeigneten Linien ausgewählt und besolgt werden dürfen. Keine Stadt soll es durch noch so vieles Geld erdienen können, daß sie Ausgangspunkt oder Station einer Luftverkehrslinie wird, wenn die entsprechenden verkehrstechnischen Bedingungen nicht vorliegen. Freistiegerrückichten sollen künftig im Luftverkehr ausgeschlossen werden. Die Flugzeuge sollen dort verkehren, wo der größte natürliche Verkehr vorhanden ist, nicht dort, wo die höchsten Subventionen gezahlt werden. Neuerdings haben es übrigens einige Städte ausdrücklich abgelehnt, hohe Subventionen zu zahlen, daß sie an den Luftverkehr angeschlossen werden, weil ihnen ihre angespannte finanzielle Lage eine solche Subventionsgewährung verbietet.

## Rundfunkstörungen

In der letzten Zeit wird lebhaft über Störungen des Rundfunkempfanges durch Hochfrequenz-Bestrahlungsapparate geklagt. Es ist den Besitzern dieser Geräte vielfach nicht bekannt, daß die Bestrahlungsapparate, sofern sie nicht mit einer besonderen, die Störung verhindernden Schutzeinrichtung versehen sind, die Eigenschaften haben, den Rundfunkempfang in einem größeren Umkreise erheblich zu stören, ja unmöglich zu machen. Die Rundfunkhörer, besonders die Nachrichtenbüros und Zeitungen, die dem Radiopressendienst angeschlossen sind, haben aber ein gesetzliches Recht auf Unterlassung der Störungen und sind in der Lage, die Besitzer der störenden Hochfrequenz-Geräte auf gerichtlichem Wege dazu zu zwingen. Es geht deshalb an die Besitzer und Benutzer von Hochfrequenz-Bestrahlungsapparaten die dringende Bitte, an ihren Geräten einen Störungsschutz anbringen zu lassen.

## Kleine Chronik

Die Kiefenunterstützungen beim Deutschen Sängerbund. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg begann der Prozeß gegen den früheren Bundesgeschäftsführer des Deutschen Sängerbundes, Gerichtsassessor A. D. Johannes Neblin, der beschuldigt wird, während seiner neunjährigen Geschäftsführung das Vermögen des Deutschen Sängerbundes um 916 000 Reichsmark geschädigt zu haben. Neblin hat zugegeben, daß er 320 000 M für seine Briefmarkensammlung verbraucht habe, dann will er in ein Farbenfilmverfahren 250—300 000 Reichsmark hineingesteckt haben. Außerdem will er 100 000 M an „gute Freunde“ ohne Quittung verborgt haben. Schließlich will er auch 150—170 000 M zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie verbraucht haben. Nachdem die Unterstützungen entdeckt worden waren, hat Neblin seine über 30 Bände umfassende Briefmarkensammlung und eine Sammlung wertvoller Trinkgläser, Porzellantassen und Porzellanvasen, seine Beteiligungsansprüche an die Farbenfilmfindung und an ein Filmunternehmen dem Deutschen Sängerbund abgetreten. Der Wert dieser Abtretungen ist jedoch bisher noch nicht endgültig festgestellt worden.

Die Stadt Berlin hat gegen die Witwe Agnes Busch als alleinige Erbin des verstorbenen Stadtrats Paul Busch wegen der städtischen Ansprüche auf Herausgabe der Schmier- und Bestechungsgelder beim Landgericht II einen Arrestbefehl und Pfändungsbefehl erwirkt.

Der am 18. Februar vom Lüneburger Schwurgericht wegen schweren Raubes mit Todesfolge, den er im Jahre 1923 an zwei argentinischen Händlern in Buenos Aires begangen hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte 35jährige Amos Aellen aus Hensburg, ist, zusammen mit seinem Mitgefängenen, Alfred Masch, der ebenfalls noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, aus dem Gefängnis Lüneburg entlassen.

Voruntersuchung wegen des Rindersterbens in Lübeck. Der Oberstaatsanwalt hat auf Grund der bisher bei der Oberstaatsanwaltschaft vorliegenden Untersuchungsergebnisse wegen der Calmettefütterung in Lübeck nunmehr die Voruntersuchung gegen Obermedizinalrat Dr. Altknecht sowie gegen die Professoren Dr. Deyde und Klotz, ferner gegen die Laboratoriumschwester des Prof. Dr. Deyde beantragt. Die Voruntersuchung gegen die vorgenannten Personen ist inzwischen vom Untersuchungsrichter eröffnet worden.

Gegläuter Ozeanflug. Der australische Fliegerhauptmann Kingsford Smith hatte von Port Marnock in Irland aus in seinem Flugzeug „Southern Cross“ den seit langem geplanten Flug zur Überquerung des Atlantischen Ozeans in westlicher Richtung angetreten und hat nach 32 Flugstunden die Hafenstadt Harbour Grace auf Neufundland überflogen. Damit ist die Überfliegung des Nordatlantik von Osten nach Westen zum zweiten Male geübt. Das Flugzeug ist dann zur Ergänzung seines Brennstoffes auf dem Flugfeld von Harbour Grace gelandet. Man nimmt an, daß die „Southern Cross“ ihren Flug nach New York fortsetzen wird.

### Die Gemeinde als Arbeitgeber

Die Gemeinden, die heute zahlreiche Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigen, sind als Arbeitgeber oft in weit schwierigerer Lage als der private Unternehmer. An sie werden unter Berufung auf ihre Eigenschaft als öffentliche Verwaltungen oft Anforderungen gestellt, die sie beim besten Willen nicht erfüllen können, ohne daß ihre Tätigkeit unwirtschaftlich wird. Sie müssen aber ferner auch oft pflichtgemäß soziale Aufgaben auf sich nehmen, die dem privaten Unternehmer nicht ohne weiteres zugemutet werden können. Hieraus ergeben sich nicht selten Gegensätze und Reibungen zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden als Arbeitgebern und den von ihr beschäftigten Arbeitnehmern oder der einen oder anderen Gruppe von ihnen.

Als Träger der kommunalen Arbeitgeberpflichten haben sich die Gemeinden und Kommunalverbände den Reichsarbeitsgeberverband" geschaffen, der seinerseits wieder in provinzielle und Landesarbeitsgeberverbände gegliedert ist. Er wurde vor zehn Jahren gegründet, als auch die Gemeinden durch die Verordnung über Tarifverträge gezwungen wurden, mit ihren Arbeitnehmern tarifliche Vereinbarungen abzuschließen. Die Tätigkeit, die der Reichsarbeitsgeberverband und seine Landesverbände in diesen zehn Jahren auf dem Gebiete der angemessenen Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die von den Gemeinden beschäftigten Arbeitnehmer ausüben haben, ist im allgemeinen erfolgreich gewesen. Das geht schon daraus hervor, daß gegenwärtig mehr als 1200 Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise, Provinzial- und Landesverwaltungen dieser Organisation angehören; die zusammen rund 250 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Der kommunale Reichsarbeitsgeberverband hat es verstanden, vermitteln zu wirken und die Arbeitsbedingungen innerhalb seines Wirkungsbereiches so zu gestalten, daß die Interessen der Gemeinden als Arbeitgeber ebenso gewahrt werden, wie ihre sozialen Pflichten.

## Badischer Teil

### Vor der endgültigen Räumung des badischen besetzten Gebietes

Der gallische Kahn auf der badischen Seite verschwunden. **Bad. Kehl, 26. Juni.** (Tel.) Donnerstag, in aller Frühe ist damit begonnen worden, den gallischen Kahn von der deutschen Seite der Rheinbrücke zu entfernen. Gegen 8 Uhr war die schwierige Arbeit beendet. Sang- und Klanglos wurde das Symbol der französischen Republik abtransportiert, auf die gleiche Weise, wie seinerzeit der badische Greif, der dem von dem Verein der Pariser Presse gestifteten gallischen Kahn seinen Platz auf der Ostseite der Brücke hatte abtreten müssen. Was die Räumung anbetrifft, so ist bestimmt, damit zu rechnen, daß am Samstagvormittag die letzten Truppen der Besatzungsangehörigen die Stadt verlassen werden. Die Einholung der Tricolore soll um 8 Uhr erfolgen. Das hier noch verbleibende Bataillon des 170. Inf.-Regts. wird am der Rheinbrücke von der Musikkapelle des 158. Straßburger Inf.-Regts. abgeholt werden.

Eine französische Abnahmekommission hat am Mittwoch den Stand der Festungsarbeiten der drei Forts an den ehemaligen Festungsanlagen kontrolliert. Wie man zuverlässig hört, hat die französische Abnahmekommission das Abnahmeprotokoll noch nicht unterschrieben. An der Festung der Forts wurde die letzte Woche Tag und Nacht, Sonn- und Werktagen ununterbrochen gearbeitet. Der Platz gleicht einem Schlachtfeld aus dem Weltkrieg.

Am Mittwoch hat auch der Chef des hiesigen französischen Gendarmeregiments seinen Abschiedsbesuch bei der deutschen Gendarmei gemacht. Das Schild der „Gendarmei Nationale“ ist bereits verschwunden. Auch die übrigen Schilder der militärischen Dienst- und Verpflegungsstellen werden demnächst verschwinden. Im Laufe des heutigen Tages soll auch das Amtsgericht, der bisherige Sitz der Besatzungskommandantur, freigegeben werden.

Donnerstag vormittag 10 Uhr stattete der stellvertretende Kommandant des Brückenkopfes Kehl, Generalstabschef Oberst Briou, dem Landrat Schindele und anschließend dem Bürgermeister Dr. Luthmer seine Abschiedsbesuche ab.

### Der Badische Natistreiberverein

tagte in Weinheim. Präsident Person konnte 200 Vertreter begrüßen. Er wies darauf hin, daß der Verband in diesem Jahre sein 65jähriges Bestehen feiere. Ministerialrat Dr. Eiefert sprach die Grüße des Justizministeriums aus und wies auf das Ansehen des Verbandes hin. Verbandsdirektor Weiler verbreitete sich über die allgemeine wirtschaftliche Lage, über das Notopfer und den Entwurf eines Ausgabenlenkungsgesetzes. Er verlangte drakonische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht. — Nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichts, erstattet von Person (Zurich), wurde ein Antrag Weilers betr. den § 1 der Gemeindeordnung bis zur demnächstigen Verabschiedung zurückgestellt. Es folgten Referate über das badische Verdingungsgesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte, die Vereinigung der Grundbücher, die Registratur für Grundbuchämter und die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse. Als Ort für die nächstjährige Hauptversammlung wurde Überlingen bestimmt.

### Badischer Schloßfesttag in Pforzheim

Der Verbandsvorstand, Schlossermeister Daler (Karlsruhe) konnte eine große Anzahl Ehrengäste begrüßen. Nachdem Vertreter der Regierung und anderer Berufsorganisationen der Tagung die besten Glückwünsche überbracht hatten, erstattete Schlossermeister Grote (Karlsruhe) Bericht über die am Tage vorher von der Kommission für wirtschaftliche Fragen aufgestellten Grundzüge, die die Forderung enthielten, daß die Gemeinden bei der Erteilung von Aufträgen die ortsanfängigen Handwerker bevorzugen und auswärtige Handwerker darauf verzichten sollten, an Arbeitsaufträgen anderer Gemeinden teilzunehmen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Verbandsgeschäftsführers F. A. Scherbel, der über „Die Not der Gegenwart und das Schloßhandwerk“ sprach. Er begründete die Notlage des Handwerkes und die überhandnehmende Verschuldung mit der sich immer weiter steigenden Absatzkrise; dazu gesellte sich noch die Konkurrenz der Schwarzarbeit und der Staatsbetriebe. Man dürfe kein Mittel unversucht lassen, das schwer gefährdete Handwerk zu retten.

### Landestagung der badischen Uhrmacher

Der großen Hauptversammlung in Überlingen ging am Samstag die Hauptausstellung und die Tagung der Uhrmachermeister voraus. Nach Begrüßungsworten des Verbandsvorstandes Max Fleig wurden aus den Reihen der Versammlung Anregungen gegeben auf Einführung von billigen Hausuhren, sogenannten Standardmodellen, die unter dem Preis der Regulatoure liegen, um das Geschäft wieder einigermassen zu beleben und dem Hausierhandel entgegenzutreten. In einer Entschließung wurde verlangt, daß die Strafe für schwarzen Hausierhandel erhöht wird und ferner wurde dagegen Protest erhoben, daß die Finanzämter Veranlagungen vornehmen, die in tristem Widerspruch zu den von den Steuergelehrten gemachten Angaben stehen. — Als nächster Tagungsort wurde Kehl vorgeschlagen.

### Aus der Landeshauptstadt Die Tagungen des Deutschen Lebensmittel-einzelhandels

Am Dienstag wurde im großen Saal der städtischen Festhalle der 22. Verbandstag des Edeka-Verbandes Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin-Wilmersdorf durch den Vorsitzenden des Verbandsausschusses, Kaufmann Peter Schmitter (Brühl) mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Darauf erstattete Generaldirektor Fritz Bornmann (Berlin) den Vorstandsbericht, der die Verhältnisse innerhalb der Edeka-Organisation eingehend behandelte. Den Jahresbericht des Edeka-Verbandes, der einen Überblick über die Entwicklung der Edeka-Bewegung seit dem Wiedereintritt stabiler Geld- und Währungsverhältnisse sowie über Umsatzentwicklung, Außenstände, Gesamtumsätze usw. gibt und die Vermögensverhältnisse eingehend erörtert, erstattete das Mitglied des Verbandsvorstandes, Paul König (Berlin). Am Schluß des Jahresberichtes wird zusammenfassend festgestellt, daß der Verband auf der Grundlage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses des gesamten Berufsstandes in Ruhe den kommenden Wirtschaftskämpfen entgegengehen und die Zukunft gegen darf, daß alle schmerzlichen Voraussetzungen eines baldigen Unteranges der Individualwirtschaft durch die Macht der genossenschaftlichen Abwehr des Berufsstandes der im Edeka-Verband Zusammengekommenen widerlegt werden.

Im Anschluß an den Verbandstag des Edeka-Verbandes Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften in Karlsruhe fand im Kleinen Festhallaesaal die ordentliche Generalversammlung der Edeka-Bank e. G. m. b. H., statt, die gleichfalls in Berlin-Wilmersdorf ihren Sitz hat. Die Umsätze sind von 231,6 Millionen Reichsmark im Jahre 1924 auf 807,7 Mill. Reichsmark im Jahre 1929 gestiegen. Auf Jahresende hatte die Edeka-Bank 397 Genossenschaften und eine Einzelperson als Mitglieder. Die Bilanz am 31. Dezember 1929 schließt mit 18 110 899 M ab. Nach Verbuchung der erforderlichen Abschreibungen stellt sich der Reingewinn auf 78 822 Reichsmark (i. V. 64 950 M), woraus wiederum eine Dividende von 7 Proz. verteilt und der ordentliche Reservefonds um 20 000 M auf 100 000 M vergrößert wird. 1525 M sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Die Jahresabrechnung wurde genehmigt und dem Vorstand einmütig Entlastung erteilt. Dem Antrag des Aufsichtsrats gemäß wurde die Verteilung des Reingewinns beschlossen.

Es folgte die ordentliche Generalversammlung der Edeka-Zentrale e. G. m. b. H. 1929 wurde ein Umsatz von 123 Millionen Reichsmark erreicht. Die Bilanzsumme beträgt 4,3 Mill. Zu den Rückvergütungen in Höhe von 0,5 Mill. Reichsmark soll noch eine 10prozentige Kapitaldividende aus 54 557 M Reingewinn kommen. — Den Anträgen des Aufsichtsrats auf Genehmigung der Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes und Ausschüttung einer 10prozentigen Dividende wurde einmütig zugestimmt. Der nächstjährige Edeka-Verbandstag findet in Magdeburg statt.

### Der badische Heimtag

Der Festzug der badischen Bürgerwehren und Milizen. In Baden geschied es bekanntlich zum ersten Male, daß fast sämtliche Bürgerwehren, Milizen und Schützengilden des Landes gleichzeitig an einem Orte zusammenkommen, eine Tagung abhalten und einen Festzug formieren; in Karlsruhe, am Sonntag, dem 13. Juli, im Rahmen des „Badener Heimtages“. Die Bürgerwehren kommen von Ettlingen, Breiten, Bad Peterstal, von Säckingen, Sippingen, Oberarmersbach, Unterarmersbach und Zell a. G.; dazu die berittene Stadtgarde von Stuttgart, eine Abordnung der wiedererweckten Karlsruher Bürgerwehr, etwa hundert Uniformierte zu Pferd als Mitwirkende der Reitervereine von Karlsruhe und Umgebung, ferner eine Abteilung Pfeifer und Trommler des Unterarmersbacher Schützenkorps und die Kapelle des Karlsruher Gemeinschaftsorchesters. Am Sonntagvormittag vereinigen sich die Bürgerwehren und Milizen von 10 bis 12 Uhr im städtischen Konzerthaus zur Abhaltung der ersten badischen Milizentagung, wobei sämtliche Milizen anwesend sein werden.

### Baden gedenkt der Saar und der befreiten Pfalz

Anläßlich des „Badener Heimtages“ vom 11. bis 14. Juli 1930 in Karlsruhe, der alle auswärtigen Badener in ihre Heimat zurückführt, wird in einer besonderen Feier im Schloßhof vor dem ehemaligen Residenzschloß, auch der befreiten Pfalz und der Saar gedacht werden.

Die Karlsruher Ortsgruppen, die Nachbargruppen des badischen Schwarzwaldbereins, des Schwarzwaldbereins, des Pfälzer Waldvereins, des Saarvereins, des Vereins der Rheinpfälzer, des Oberrheinvereins werden unter der Beteiligung der Studentenschaft der technischen Hochschule und des Badischen Staatstechnikums sowie der oberen Klassen der Mittels- und Volksschulen eine öffentliche Kundgebung veranstalten für das Heimat- und Volkslied und für den deutschen Wald. Die Karlsruher Sängervereinigung, die Harmoniekapelle Karlsruhe und von den überheimern der Bischmisheimer Sängerkorps und der St. Johanner Sängerbund haben ihre aktive Mitwirkung zugesagt.

Nach einem einleitenden Vortrag „Treuschwur“, von Kistler, folgen die Männerchöre: „O, Schwarzwaldb, o, Heimat“ und „Deutschland, Dir mein Vaterland“, während die Saar- und Pfälzer „Saarchwur“ singen werden. Ansprachen halten: Rektor Franz Fischer, Ehrenvorsitzender des Karlsruher Schwarzwaldbereins, ein Vertreter der Reichsregierung, der auf die befreite Pfalz und die Saar sprechen wird. Pfalz und Saarland sind dazu herzlich eingeladen. Die Feier hat allgemein deutschkulturellen Charakter und hält sich bewußt von jeder politischen Tendenz fern.

Zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe ist für das Studienjahr 1930/31 der ordentliche Professor der Maschinenlehre Dr.-Ing. Rudolf Plant gewählt worden.

Friedrich-Silcher-Gedächtnisfeier. Der Männergesangsverein Eilberghaus veranstaltet im Rahmen des vom Deutschen Sängerbund angeregten Deutschen Liedertages am kommenden Sonntag, dem 29. Juni, vormittags 11 Uhr, im Schloßgarten beim Schloßpark aus Anlaß des Geburtstages des bedeutenden deutschen Volksliedmeisters Friedrich Silcher — geb. am 27. Juni 1789 zu Schnait in Württemberg — wie alljährlich, eine schlichte Gedächtnisfeier.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die kühle, maritime Luft bestimmt jetzt die Witterung von ganz Mitteleuropa. Nach den festigen Umsetzungen am 24. d. M. hatten wir gestern im Norden noch einzelne Nachregnen mäßiger Ergiebigkeit. Die Temperaturen betragen in der Ebene zirka 25 Grad. Südbaden hatte geringere Bewölkung und kam so auf verhältnismäßig höhere Temperaturen als der Norden. Heute hat sich die Biscayafronte noch weiter nach Frankreich hineingearbeitet und wird in nordöstlicher Richtung weiterziehen. In ihrem Bereich wird morgen das veränderliche Wetter andauern. Wetteraussichten für Freitag: Fortdauer des wechselnden Witterungscharakters, mäßig warm mit trichweifen gewitterigen Regen.

### Gemeinderundschau

Der Offenburger Kreisvoranschlag. Die Kreisversammlung des Kreises Offenburg nahm den Voranschlag des Kreises für 1930/31 einstimmig an. Der Voranschlag sieht bekanntlich die gleiche Umlage wie im Vorjahre vor. Weiter wurde eine Reihe von Anträgen, die zumeist Straßenverbesserungen betreffen, genehmigt. Auch der Voranschlag der Kreispflegeanstalt Fußbach wurde angenommen. Nach Abhör der Rechnung für 1928/29 wurde die Versammlung geschlossen. Am Nachmittag fand eine Besichtigung der Kreispflegeanstalt Fußbach statt.

Gemeindevoranschlag Hornberg. Der Bürgerausschuß von Hornberg wird demnächst über den Gemeindevoranschlag zu beraten haben, der bei 315 000 M einen Fehlbetrag von 98 000 M aufweist. Die Umlagesätze sollen unverändert bleiben, doch soll die Kreissteuer jetzt besonders erhoben werden.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Furtwangen für 1930/31 schließt in den Ausgaben mit 485 018 M ab, denen an Einnahmen 357 565 M gegenüber stehen, so daß ein ungedeckter Aufwand von 127 443 M vorhanden ist. In seiner Deckung ist die Erhebung einer Gemeindeumlage von je 100 M Steuerwert beim Grundvermögen von 119 Mpf., beim Betriebsvermögen von 48 Mpf., und beim Gewerbevermögen von 597 Mpf. erforderlich. Gegenüber dem abgelaufenen Rechnungsjahr erhöht sich die Umlage um zirka 10 Prozent.

Der Bürgerausschuß Singen a. G. genehmigte die Aufnahme eines Darlehens im Betrage von 400 000 M zur Förderung der Bautätigkeit, ferner 60 369 M für den Ausbau des Straßens- und Kanalnetzes. Weiter stimmte er der Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1929 zu. Danach sind zu zahlen: 79 Mpf. von je 100 M Steuerwert des Grundvermögens, 32 Mpf. von je 100 M Steuerwert des Betriebsvermögens, und 3,95 M von je 100 M Gewerbevermögen. Die Einführung einer Straßensreinigungsgeld wurde abgelehnt, danach die Einführung einer Kanalgebühr mit großer Mehrheit angenommen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Unwetter in Baden

Bad. Heidelberg, 25. Juni. Dienstag nachmittag ging über der Stadt Wieblingen ein schweres Gewitter nieder, das zwar nur von kurzer Dauer war, aber großen Schaden an der Tabakternte, an der Frucht- und der Obstternte anrichtete. Das Unwetter kam mit überraschender Schnelligkeit und brachte einen Hagelschlag, dessen Kerne bisweilen Wallnußgröße annahmen.

Heidelberg, 25. Juni. Ein schweres Hagelwetter richtete einen unübersehbaren Schaden an. Sämtliche Feldfrüchte und Gartenengewächse wurden schwer beschädigt. Der Schaden ist außerordentlich groß. Von der beschädigten Fläche sind höchstens 10 Proz. gegen Hagelschlag versichert, weshalb der Schaden um so empfindlicher und manche Existenz des Landwirts gefährdet ist.

Bad. Mannheim, 25. Juni. Bei dem durch Blitzschlag hervorgerufenen Lagerbrand bei der Zellstoff Fabrik AG. sind 6000 Tonnen Zellstoff verbrannt. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 2 Mill. Reichsmark.

Bad. Heidelberg, 25. Juni. Die Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG., hat mit der Reichspost, mit der sie in letzter Zeit auf mancherlei Gebieten in scharfer Konkurrenz stand, ein Abereinkommen getroffen. Danach gibt die Reichspost die Postlinie nach Wiesloch zum 1. Juli auf und überläßt sie der Heidelberger Straßenbahngesellschaft. Als Gegenleistung unterläßt diese die Fremderundfahrten über Schloß, Schlierbach und Ziegelhausen, durch den Denmal und Schwarzmal und gibt außerdem die beabsichtigten Fernfahrten nach Oberammergau auf.

Bad. Bruchsal, 26. Juni. Geistlicher Rat D. Wetterer an der Stadtkirche feiert am 2. Juli in engstem Rahmen sein 40jähriges Priesterjubiläum. Seit 35 Jahren amtiert der Jubilar in Bruchsal.

Bad. Kehl, 25. Juni. Aus Anlaß der Befreiung des Brückenkopfes Kehl von der Besatzung wird der Kriegerverein unter Mitwirkung der Schüler der obersten Klasse der Oberrealschule Paul Gehes vaterländisches Schauspiel „Kolberg“ am 30. Juni zur Aufführung bringen.

Bad. Lahr, 15. Juni. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen des Präsidiums der Handelskammer wurden gewählt: Zum ersten Vorsitzenden Fabrikant Richard Kestler, Lahr, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikant Rudolf Heiding (Dinglingen), und zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Kaufmann Emil Moser (Lahr).

Bad. Freiburg, 25. Juni. Die Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen Studenten der Universität Freiburg war von besonderer Weihe, da im Rahmen der Veranstaltungen die Gedächtnistafel mit den Namen aller gefallenen Studenten der Universität Freiburg in der Halle der Universität enthüllt wurde. Nach den Gottesdiensten und der Weiherede des Rektors Dr. Dragenborff, der die Studenten ermahnte, wie die gefallenen Kommilitonen alles für die Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes einzusetzen, wurde die Gedächtnistafel enthüllt und vom Rektor und Senat Vorberträge niedergelegt. Auch die Auslandsstudenten legten Kränze nieder.

Bad. Schwärzstadt, 25. Juni. Die Arbeiten am Kraftwerkbau Schwärzstadt gehen ihrem Ende entgegen. Der Wehrtbau ist zum hauptsächlichsten vollendet. Der Vorbau hat schon eingeseht, die Felsenriffe im Rhein sind verschwunden und der Strom gleicht auf dieser Strecke einem großen See. Durch die vier Wehrtore brausen die Wassermengen zu Tal und bilden dahinter riesige Strudel- und Wellenberge. Der Unterwasserkanal ist gleichfalls fertiggestellt und wird gegenmütig von Gerüßholz freigemacht. Dann beginnt die Sprengung der rechtsseitigen Baugruben. Anfangs September werden die Wehrtore geschlossen und die Staung beginnt. Bald darauf hofft man zwei Turbinen laufen lassen zu können. Die am badischen Ufer im Bau begriffene Sedalanlage macht gleichfalls gute Fortschritte.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	26. Juni		25. Juni	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.38	168.72
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.18	112.40
London . . . 100 £	21.97	22.01	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.37	20.41	20.374	20.404
New York 1 D.	4.1915	4.1005	4.190	4.198
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.12	81.39	81.22	81.38
Wien 100 Schilling	59.175	59.295	59.14	59.26
Bra. . . 100 Kr.	12.44	12.46	12.435	12.455

